WICHTIGE INFORMATIONEN!!!

Meldepflicht für Kassensysteme, Taxameter und Wegstreckenzähler

Wie wir Sie bereits mehrfach informiert haben (Steuerinfos September 2024, Juni/Juli 2025) müssen seit dem 01. Januar 2025 alle elektronischen Kassensysteme mit einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) verpflichtend an die Finanzverwaltung gemeldet werden. **Am 31. Juli 2025** endet die Übergangsfrist, bis zu der alle bereits eingesetzten Aufzeichnungssysteme an die Finanzverwaltung gemeldet werden müssen.

Wen betrifft die Meldepflicht?

Unternehmen, die elektronische Aufzeichnungssysteme nutzen, müssen diese seit dem 01. Januar 2025 der Finanzverwaltung melden. Dies gilt sowohl für gekaufte als auch für gemietete oder geleaste Geräte.

Den genannten Systemen sind zuzuordnen (beispielhafte Aufzählung):

- elektronische oder computergestützte Kassensysteme und Registrierkassen
- Tablet- oder App-Kassensysteme
- Waagen mit Kassenfunktion
- Warenwirtschaftssysteme mit integrierter Kasse
- Hotel- und Arztsoftware mit Kassenfunktion
- EU-Taxameter und Wegstreckenzähler

Diese Systeme sind mit einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) ausgestattet, um vor Manipulationen geschützt zu sein.

Wie und wo erfolgt die Meldung?

Für die Meldung an das Finanzamt stehen drei Wege zur Verfügung:

1. Direkteingabe im ELSTER-Formular (ELSTER.de) „Mitteilung über elektronische Aufzeichnungssysteme (Paragraf 146a Abs. 4 AO)“
2. Upload einer XML-Datei in „Mein ELSTER“, zum Beispiel mithilfe des elektronischen Aufzeichnungssystems oder der Kassensoftware erstellt
3. Datenfernübertragung aus einer Software via der ERiC-Schnittstelle (ELSTER Rich Client)

Für die Direkteingabe im ELSTER-Formular stellt das Bundesfinanzministerium (BMF) eine Ausfüllanleitung zur Verfügung: [BMF-Ausfüllanleitung „Mitteilung über elektronische Aufzeichnungssysteme \(Paragraf 146a Abs. 4 AO\) \(s. beigefügte Anlage\)](#)

Welche Daten werden gemeldet?

Die BMF-Ausfüllanleitung „Mitteilung über elektronische Aufzeichnungssysteme (Paragraf 146a Abs. 4 AO)“ informiert im Detail über alle erforderlichen Angaben, die für die korrekte Meldung erforderlich sind.

Wann müssen die Systeme gemeldet werden?

Grundsätzlich gilt eine Meldefrist von einem Monat nach der Anschaffung oder Außerbetriebnahme des Systems.

Neben der **Inbetriebnahme** eines Kassensystems ist auch der bloße **Besitz** eines elektronischen Aufzeichnungssystems meldepflichtig. Das bedeutet, auch wenn ein Gerät noch keine aufzeichnungspflichtigen Geschäftsvorfälle erfasst hat, muss es dennoch gemeldet werden.

Außerdem müssen Unternehmen die **Außerbetriebnahme**, also wenn ein System verkauft oder entsorgt wird, an das Finanzamt weitergeben.

Pro Betriebsstätte ist eine Mitteilung einzureichen. Bei jeder Mitteilung sind stets alle elektronischen Aufzeichnungssysteme einer Betriebsstätte in der einheitlichen Mitteilung zu übermitteln. Jedes elektronische Aufzeichnungssystem ist immer nur einer Betriebsstätte im Sinne zuzuordnen. Bei Vorliegen mehrerer Betriebsstätten muss für jede einzelne Betriebsstätte eine separate Mitteilung übermittelt werden.

Aktuell gelten noch folgende Übergangsregelungen:

Vor dem 01. Juli 2025 angeschaffte elektronische Aufzeichnungssysteme müssen **bis zum 31. Juli 2025** gemeldet werden.

Ab dem 01. Juli 2025 angeschaffte Systeme **müssen innerhalb eines Monats nach der Anschaffung** gemeldet werden. Dies gilt auch für elektronische Aufzeichnungssysteme, die ab dem 01. Juli 2025 außer Betrieb genommen werden.

EU-Taxameter und Wegstreckenzähler – Nichtbeanstandung endet zum 31. Dezember 2025

Werden EU-Taxameter und Wegstreckenzähler ohne zertifizierte technische Sicherheitseinrichtungen (TSE) betrieben, müssen die erforderlichen Anpassungen und Aufrüstungen umgehend durchgeführt werden, spätestens bis zum 31. Dezember 2025.

Zudem wurde die Meldeverpflichtung der Kassensicherungsverordnung für die Inanspruchnahme der Übergangsregelung bei EU-Taxametern mit INSIKA-Technologie bis Ablauf des Nichtbeanstandungszeitraumes suspendiert.

Die Fristen sehen hier wie folgt aus:

- Bei Geräten, für die die genannte Nichtbeanstandungsregelung in Anspruch genommen wird, ist längstens bis zum 31. Dezember 2025 keine Mitteilung erforderlich.
- Systeme, die vor dem 01. Juli 2025 angeschafft oder mit einer TSE ausgerüstet wurden, müssen bis zum 31. Juli 2025 gemeldet werden.
- Ab dem 01. Juli 2025 angeschaffte oder mit einer TSE ausgestattete Geräte sind innerhalb eines Monats nach der Anschaffung oder Ausrüstung zu melden.
- Ab dem 01. Juli 2025 außer Betrieb genommene EU-Taxameter und Wegstreckenzähler sind innerhalb eines Monats nach Außerbetriebnahme mitzuteilen.

Gesetzlicher Hintergrund der Meldepflicht:

Die Verpflichtung zur Meldung der Aufzeichnungssysteme geht auf das „Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“ vom 22. Dezember 2016 (Kassengesetz) und der Neueinfügung von Paragraph 146a der Abgabenordnung zurück.

Seither sind Unternehmen verpflichtet, ihre elektronischen Aufzeichnungssysteme (ab 01. Januar 2020) mit einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) vor nachträglichen Datenmanipulationen zu schützen. Das einhergehende elektronische Meldeverfahren für die elektronischen Aufzeichnungssysteme konnte die Finanzverwaltung jedoch nicht bereitstellen, weshalb die gesetzliche Mitteilungsverpflichtung ausgesetzt wurde – bis jetzt.

Zur besseren Orientierung haben wir Ihnen die Ausfüllanleitung des Bundesministeriums für Finanzen vom 02.12.2024 als Anlage beigefügt. Dort sind alle notwendigen Schritte zur Umsetzung detailliert erklärt.